

Bezahlbarer Wohnraum statt Asylheim? Was hinter neuer Initiative in Rapperswil-Jona steckt

Im Pflegezentrum Meienberg soll günstiger Wohnraum entstehen – statt eines Asylheims. Das wollen Anwohner des Hanfländerquartiers in Rapperswil-Jona durchsetzen. Und kritisieren den Stadtrat.

Pascal Büsser 17.11.25 - 16:00 Uhr **Linth**



Was wird aus dem Pflegezentrum Meienberg? Die Vorstellungen von Stadtrat und Quartierbewohnern befinden sich auf Kollisionskurs.

Bild: Pascal Büsser

Angekündigt hatte es sich bereits an der Informationsveranstaltung im Juli. Jetzt ist klar: Im Hanfländerquartier gibt es organisierten Widerstand gegen das geplante Asylheim. Der Stadtrat will das Pflegezentrum Meienberg zu einem solchen umnutzen. Und ab 2027

bis zu 50 Flüchtlinge dort einquartieren – circa 10 Familien und 20 Einzelpersonen. Dies, weil die Alterspflege ab Ende 2026 im neuen Pflegezentrum Schachen zentralisiert wird.

Bevölkerung soll mitreden können

Gegen die Nutzung als Asylheim hat sich eine IG Pflegezentrum Meienberg formiert. Sie umfasst inzwischen rund 80 Personen, wie Initiant Heinz Kohler auf Anfrage unserer Zeitung sagt. Und die IG, respektive ein elfköpfiges Komitee aus ihrer Mitte, steht kurz davor, eine Initiative zu lancieren.

Der Stadtrat soll so den Auftrag erhalten, «eine Vorlage auszuarbeiten und der Bürgerschaft zu unterbreiten, welche die städtische Liegenschaft 2912J (bisheriges Pflegezentrum Meienberg) für ein quartierverträgliches Wohnprojekt mit einem substantiellen Anteil an preisgünstigen, finanziell nachhaltigen sowie generationenübergreifenden Wohnungen reserviert.» So ist es im Initiativtext formuliert.

Mit der Initiative wolle man auch sicherstellen, dass die Bevölkerung beim Entscheid der Umnutzung mitreden könne, heisst es seitens Komitee.

Der Stadtrat hat die Initiative für zulässig erklärt, wie er vor Wochenfrist mitteilte. Dies, weil sowohl für die nötige Umzonung des Grundstücks – es befindet sich derzeit in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen – als auch für einen Planungskredit die Zuständigkeit der Bürgerschaft gegeben sei.

Entstanden aus Widerstand gegen Asylheim

Damit kann das Komitee die Initiative offiziell anmelden. Dies soll diese oder spätestens nächste Woche geschehen. Danach haben die Initianten vier Monate Zeit, die nötigen 600 Unterschriften zu sammeln, damit die Initiative zustande kommt. Ein Selbstläufer?

«Wir werden uns anstrengen müssen», meint Kohler. «Grundsätzlich betrifft die Initiative aber ein Anliegen, das für die ganze Stadtbevölkerung relevant ist.»

Kohler verhehlt nicht, dass die IG ursprünglich aus dem Impuls entstanden ist, sich gegen das Asylheim zu wehren. Weil man dieses als unpassend im Ein- und Mehrfamilienhausquartier erachtet.

Die Aussagen von Jürg Eberle, dem Leiter des kantonalen Migrationsamts, an der Informationsveranstaltung der Stadt vom Juli, dass es in Amden und Uznach keinerlei Reklamationen und Probleme gebe, empfand offenbar nicht nur Kohler als schönfärberisch. Diverse Medienberichte und teils persönliche Schilderungen von Anwohnenden malten ein anderes Bild zur Situation rund um Asylunterkünfte.

«Filetstück» für hiesige Bevölkerung

«In den letzten Wochen und Monaten hat es intern aber eine gewisse Entwicklung gegeben», sagt Kohler. Der Fokus liege nun darauf, dass dieses «Filetstück» der städtischen Liegenschaften zugunsten der hiesigen Bevölkerung verwendet werde.

Der verschobene Fokus rühre auch daher, dass man aufgrund von Nachbohren bei der Stadt auf neue Erkenntnisse gestossen sei. Etwa, dass der Stadtrat kurz davor war, für andere Standorte Modulbauten

für die Unterbringung von Asylsuchenden zu kaufen – ehe er Ende letzten Jahres plötzlich auf das Pflegezentrum Meienberg als bevorzugte Lösung umschwenkte.

Zudem stiessen die Initianten auf den Bericht «Preisgünstiger Wohnraum» der Stadt aus dem Jahr 2016. Damals war die Parzelle des Pflegezentrums Meienberg als eine von rund zwei Dutzend möglichen Grundstücken für preisgünstigen Wohnraum eruiert worden. Das solle die Stadt nun umsetzen. Und «dadurch Mieteinnahmen für die Stadt generieren».

Die Initianten kritisieren, dass der Stadtrat diese Option nicht längst geprüft hat. Obwohl das Ende des Pflegezentrums Meienberg schon lange besiegelt ist. Und sie bemängeln, dass die Stadtführung auch auf Nachfrage keine «systematische Evaluation» der möglichen Standorte für die Unterbringung von Asylsuchenden habe vorweisen können – inklusive der Auswirkungen auf das jeweilige Quartier.

An der Umnutzung des Pflegezentrums Meienberg werde zudem exemplarisch sichtbar, dass die Immobilienstrategie der Stadt Rapperswil-Jona unvollständig sei und die notwendige Weitsicht fehle, moniert die IG.

Stadtrat treibt Projekt Asylheim weiter

«Die vorliegende Initiative und der Vorschlag des Stadtrates zur Zwischennutzung der Liegenschaft als Wohn- und Integrationszentrum widersprechen sich nicht», meint derweil der für das Ressort Gesellschaft zuständige Stadtrat Johannes Kunz auf

Anfrage unserer Zeitung. «Die Initiative schränkt jedoch den Handlungsspielraum bei der Entwicklung der Liegenschaft mittelfristig ein.»

Aufgrund der «ausgewiesenen Bausubstanz und der vergleichsweise geringen Ertüchtigungskosten» habe der Stadtrat entschieden, das Pflegezentrum Meienberg ab 2027 für geflüchtete Personen zu nutzen. «Aus finanzpolitischer wie auch aus bedarfsorientierter Sicht ist diese Zwischennutzung sinnvoll», so Kunz.



«Zwischennutzung sinnvoll»: Stadtrat Joe Kunz erklärt, wieso der Stadtrat an der Unterbringung festhält

Bild: Pascal Büsser

«Ein längerer Leerstand würde unnötige Unterhaltskosten, Mindereinnahmen und vermeidbare Aufwände für die externe Unterbringung geflüchteter Personen verursachen.» Kunz schreibt von

einer Zwischennutzung «bis zu einer definitiven Umnutzung, voraussichtlich im Jahr 2035».

Da eine Initiative «grundsätzlich keine Vorwirkung» habe, halte der Stadtrat an der aktuellen Planung fest. Ob für die Umnutzung des Pflegezentrums in ein sogenanntes «Wohn- und Integrationszentrum» ein Baugesuch nötig ist, konnte Kunz an der Infoveranstaltung im Juli noch nicht beantworten.

Nun schreibt er: «Für die Umnutzung wird ein Baugesuch öffentlich aufgelegt.» Wann das zeitlich der Fall sein wird, lässt er offen. Kunz: «Sobald die notwendigen Vorabklärungen abgeschlossen sind.»

Kommt es zu Einsprachen?

Würde sich die IG auch auf juristischem Weg gegen ein Asylheim wehren? «Wir sind mit entsprechend kompetenten Personen in Kontakt», antwortet Kohler darauf vielsagend.

Könnte die IG mit einer temporären Unterbringung von Asylsuchenden am Meienberg leben, wenn gesichert ist, dass die Stadt parallel die langfristige Nutzung als günstigen Wohnraum anstösst? «Das ist eine schwierige Frage», sagt Kohler. «Es wäre sicherlich eine andere Ausgangslage als ein Asylheim auf unbestimmte Zeit, wie es die Stadt am Infoanlass im Juli präsentiert hat.»